

Marikana-Massaker: gegen das Vergessen und für Gerechtigkeit Auch BASF Metals Zug steht in der Verantwortung

Am 26. April versammelten sich vor dem Sitz der BASF Metals GmbH in Zug eine Delegation aus Südafrika und sich solidarisierende schweizerische Organisationen um von der BASF Metals die Einhaltung ihrer Lieferkettenverantwortung einzufordern. Es wurde ein Memorandum abgegeben, welches die Beteiligung des Konzerns an Entschädigungszahlungen an die Opfer des Massakers in Marikana von 2012 fordert.

BASF ist insbesondere für die Produktion von Katalysatoren Hauptabnehmer des Platins von Lonmin, bei deren Mine 2012 34 für existenzsichernde Löhne streikende Minenarbeiter erschossen wurden. Lonmin wurde von der staatlichen Untersuchungskommission in Südafrika eine Mitschuld an dem Massaker zugeschrieben. Ein bedeutender Teil des Platins wird über die Tochtergesellschaft BASF Metals GmbH mit Sitz in Zug gehandelt. BASF verpflichtet sich in ihrem *Code of Conduct* zur umfassenden Lieferkettenverantwortung.

Deshalb versammelten sich am 26. April eine Delegation aus Südafrika, bestehend aus Bischof Jo Seoka, zwei Witwen von ermordeten Minenarbeitern und zwei Vertreterinnen der Khulumani Support Group, sowie sich solidarisierende Schweizer Organisationen vor der BASF Metals GmbH, um dieser ein Memorandum mit Forderungen zu überreichen. In kurzen Reden wurde auf die Problematik der Unternehmensverantwortung hingewiesen:

Agnes Makopano Thelejane, Witwe eines beim Streik erschossenen Minenarbeiters, führte aus wie dieses Ereignis ihren Alltag beeinflusst: „Unsere Kinder haben nichts zu essen. Nach fast vier Jahren ohne jede Unterstützung, seit unsere Ehemänner ermordet wurden, sind wir dringend auf Entschädigungszahlungen angewiesen.“

Bischof Jo Seoka, Präsident Bench Marks Foundation, wies auf die Wichtigkeit der sozialen Verantwortung von Unternehmen hin: „Corporate Social Responsibility muss immer transparent sein und unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung umgesetzt werden.“

Barbara Müller von der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika – KEESA, betonte die Verantwortung der Schweiz: „Internationale Unternehmen müssen bezüglich Menschenrechtsverletzungen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit haftbar gemacht werden. Die Rohstoffhändler müssen endlich Verantwortung übernehmen.“

Andreas Lustenberger, Präsident Alternative – Die Grünen Zug, wies auf die Herausforderung des Kantons Zug als Standort von multinationalen Konzernen hin: „Während die Menschen in den Rohstoffabbauländern oftmals im Elend versinken, erwirtschaften die in unserem Kanton ansässigen Konzerne hohe Gewinne und zahlen enorme Dividenden aus. Wir fordern faire Arbeitsbedingungen und ein Ende der Umweltzerstörung in den Rohstoffabbauländern.“

BASF Metals war nicht bereit das Memorandum direkt entgegenzunehmen.

Nationalrätin Regula Rytz und der *Zuger Kantonsrat Andreas Lustenberger* werden im nationalen und kantonalen Parlament Vorstösse einreichen, welche die Frage nach der Unternehmensverantwortung und deren Bedeutung für die Schweiz und die Kantone als Niederlassungsstandort thematisieren.

Weitere Auskünfte erteilen:

Andreas Lustenberger, Präsident Alternative – die Grünen Zug, 076 523 80 38

Barbara Müller, KEESA, 079 601 74 17

Anhang:

- Bilder der Aktion können hier heruntergeladen werden:
<https://www.dropbox.com/sh/nf6e7yavmw3q6t2/AABGTL6sAmVWZMPp58M0WCmRa?dl=0>
- Memorandum
- Vorstoss im Zuger Kantonsparlament der Alternative – die Grünen Zug
- Aktuelle Informationen zur Delegationsreise und der Rolle der BASF; siehe www.basflonmin.com